

Das »Feuer« im Süden

Thailands militante Islamisten töten weiter

Seit fünf Jahren werden Thailands südlichste Provinzen Yala, Pattani und Narathiwat (sowie Teile Songkhlas) von einer neuen Welle islamistischen Terrors heimgesucht, der bis heute fast 2.000 Menschen zum Opfer gefallen sind – Muslime, Buddhisten, Polizisten, Soldaten, Lehrer, Straßenhändler, Lokalpolitiker, Mönche und Arbeiter in Gummipflanzungen.

Michael H. Nelson

Dass es sich um religiös fundierten Terror handeln könnte, war anfangs durchaus unklar und wurde und wird in der thailändischen Presse systematisch ausgeblendet. Eher wurde an den früheren Separatismus ethnisch-malaiischer Prägung als Erklärungsmodell gedacht. Natürlich ist Separatismus auch gegenwärtig ein Hauptziel. Er wird nun aber islamistisch begründet. Auch die Organisationsform des Terrors hat sich gewandelt. Gab es bei der früheren Form identifizierbare Organisationen und Führer mit Forderungskatalogen und web sites, so macht es heute die organisationelle und personelle Unsichtbarkeit der Täter schwierig, ein klares Bild zu gewinnen. Es gibt keine Bekennerschreiben (nur Flugblätter) oder Führer, die der Öffentlichkeit und der thailändischen Regierung gegenüber ihre Forderungen vertreten würden. Es handelt sich, so Marc Askew, Autor und Lektor der Universität von Melbourne, »um eine völlig neue Form militanten islamistischen, netzwerk-basierten« Terrors (er verwendet das englische Wort »insurgency«), der sich in die komplexe und »unordentliche« sozio-politische Situation des thailändischen Grenzgebietes eingebettet habe.

Diese Sachlage macht es sehr schwierig, ein genaues Bild davon zu erhalten, welche Faktoren und Personengruppen in welcher Weise in die Vorgänge involviert sind. Selbst Forschung wird riskant. So wurde am 11. Januar 2007 Marc Askews Hauptinformant und Assistent – zugleich ein stolzer Pattani Muslim und bewusster Bürger des thailändischen Staates – von den Terroristen erschossen, als er auf seinem Moped unterwegs war. Man geht nicht fehl in der Annahme, dass dieser Informant, der auch als Agent für Regierungsstellen arbeitete, den Mördern

mit seinen Ansichten und Informationen ein Dorn im Auge war. Muslime, die den Islamisten nicht zustimmen, werden eingeschüchtert und müssen bei Nichtbeachtung der Grenzen mit ihrem Tod rechnen. Morde an Buddhisten dagegen zielen auf ethnische Säuberung ab, also auf Separatismus.

Thaksin: schuldig?

Dem durch einen Putsch am 19. September 2006 gestürzten Premierminister Thaksin Shinawatra war oft vorgeworfen worden, die Probleme im Süden wenn nicht verursacht, so sie doch entscheidend eskalieren lassen zu haben. Zunächst löste er bald nach seiner Amtsübernahme das Southern Border Provinces Administrative Centre (SBPAC) und das Civilian-Police-Military Command 43 auf. Kritiker bemängelten daraufhin, dass Thaksin das sensible Kommunikationsgeflecht zwischen Staat und Muslimen zerstört und damit dem Terror Raum gegeben habe. Obwohl es sich hier eher um eine taktische Kritik handelte, weil ganz unklar war, welche Wirkungen das SBPAC eigentlich hatte, so wurde es doch zu einer Art von Symbol und Hoffnung: Wenn man es nur wiederbelebte, würden die täglichen Morde schon bald aufhören. Die Ersetzung der zweitgenannten Organisation durch die Polizei, einschließlich des Abzuges der Soldaten aus den Dörfern, war aber wohl wichtiger, weil es den Druck auf terroristische Tendenzen verringerte.

Diese Betonung administrativer Strukturen gerät auch deswegen in Erklärungsnot, weil die Indoktrinations- und Rekrutierungsaktivitäten radikaler Islamisten doch schon einige Zeit vor dem ersten Wiederaufflammen des Terrors Anfang des Jahres 2002 stattgefunden haben müssen. Es brauchte dann weitere zwei Jahre bis zum Fanal des 4. Januar 2004, als bei koordinierten Angriffen militanter Islamisten in Narathiwat 20 Schulen und drei Polizeistationen in Flammen aufgingen, und beim Hauptangriff auf ein Militärlager vier Soldaten getötet und über 100

Der Autor ist Gastdozent im Fachbereich politische Wissenschaften an der Chulalongkorn University, Thailand, und wissenschaftlicher Mitarbeiter für Südostasienkunde, Universität Passau.

Sturmgewehre gestohlen wurden. Thaksin bestand darauf, dass dieses und andere Ereignisse nichts mit Separatismus zu tun haben, weil die muslimische Bevölkerung im Süden dies mehrheitlich ablehnte. Der Kern des Problems sei vielmehr mangelndes Vertrauen zwischen den Vertretern des thailändischen Staates und den Muslimen. Dies führe dazu, dass sie keine Hilfe beim Aufspüren der Schuldigen leisteten (Siam Rath, 6. Januar 2004).

Dieses sehr begrenzte Vertrauen wurde dann wenig später durch den Staat selbst weiter vermindert – im Zusammenspiel mit den Terroristen. Am 28. April 2004 griffen Dutzende religiös fanatisierter junger Leute auf meist neuen Motorrädern und mit Messern bewaffnet koordiniert viele Polizeistationen in Pattani, Yala und Narathiwat an. Einige Polizisten starben – aber auch 107 der Angreifer wurden erschossen. In Pattani flüchteten sich 32 von ihnen in die historische Krue Se Moschee. Sie wurde von Soldaten umstellt. Anstatt abzuwarten und auf ihr Aufgeben zu warten, ließ ein außer Kontrolle geratener hardline-General seine Truppen das Gebäude stürmen und die leicht bewaffneten Islamisten allesamt aus kurzer Distanz erschießen.

Ein halbes Jahr später, am 25. Oktober 2004, demonstrierten Dutzende junger, meist männlicher, Muslime, unter ihnen einige bewaffnete agent provocateur der Terroristen, an der Tak Bai Polizeistation in Narathiwat – es handelte sich keineswegs um die »friedlichen« Proteste, die die pro-islamistische und/oder anti-Thaksin Propaganda daraus konstruierte. Viele wurden festgenommen und wie Schweine liegend und mit hinter den Rücken gebundenen Händen übereinander geschichtet auf Militärlastwagen verfrachtet. Als die Laster im Camp ankamen, waren 78 der Männer erstickt.

Krue Se und Tak Bai wurden zu Symbolen eines aggressiven, achtlosen thailändischen Staates, der völlig unbekümmert und arrogant die Rechte der muslimischen Bevölkerung mit Füßen trat. Auch der Kampf gegen militante Islamisten kann nicht im rechtlosen Raum stattfinden. Dies schließt das »Verschwindenlassen« von Verdächtigen durch die Polizei ein. Solche Praktiken haben auch moderate Muslime gegen den Staat aufgebracht und es den Terroristen erlaubt, »gute« Gründe für die Anwerbung neuer Kräfte und Unterstützer in den Dörfern zu präsentieren.

Surayudh: Entschuldigung!

Nachdem die Militärputschisten einen Vertrauten des Königs, den früheren Armeechef Surayudh Julianond, als Premierminister eingesetzt hatten, wurde von ihm erwartet, dass er ernsthaft darangehen würde, die Probleme im Süden in den Griff zu bekommen. Er machte einen Aufsehen erregenden Anfang, indem

er am 2. November 2006 vor Hunderten von muslimischen Geistlichen und Dorfführern in einer Schule in Pattani formell um Entschuldigung für die Handlungen des Staates bat, speziell Krue Se and Tak Bai betreffend. In diesem Zusammenhang wurde der thailändischen Öffentlichkeit auch bekannt, dass dieser Staat die überlebenden Demonstranten von Tak Bai seit den Geschehnissen von vor zwei Jahren ohne Verhandlung im Gefängnis gehalten hatte – denn nun wurde bekannt gegeben, dass die Anklagen gegen diese Männer niedergeschlagen würden. Rechtsstaatliches Vorgehen sähe sicherlich anders aus. Dazu wurde angekündigt, die schwarzen Listen von islamischen Lehrern abzuschaffen. Schließlich wurde, wie zu erwarten, das SBPAC wiederbelebt. Zum Chef wurde ein Provinzgouverneur ernannt, dessen einziges Qualifizierungsmerkmal war, dass sein Bruder, nun ein Mitglied des Kronrates unter Prem Tinsulanond, früher einmal diese Einheit geleitet hatte.

Diese Wiedereinrichtung des SBPAC ist ein Schuss ins Blaue, weil zum einen, wie gesagt, dessen tatsächliche Wirkungen höchst ungewiss waren, und dem Staat zum anderen Kenntnisse darüber zu fehlen scheinen, wer genau die Terroristen sind. In diesem Sinne dient das SBPAC vor allem als eine Geste, die den Muslimen guten Willen und den Buddhisten Bangkoks Hoffnung symbolisiert, aber wohl keinen Einfluss auf das tägliche Morden und Bomben hat. Sie zeigt, dass nunmehr die Politik von Polizei und Militär die Initiative übernommen hat, und dass man die Mehrheit der muslimischen Bevölkerung davon überzeugen möchte, dass ihnen der thailändische Staat nichts Böses will. Panitan Wattanayakorn, ein Sicherheitsexperte, der sich auch mit dem Süden auseinandersetzt, sah das Ziel dieser Maßnahmen darin, »den politischen Raum und das Vertrauen der Menschen in den südlichen Grenzgebieten« von den militanten Islamisten zurückzugewinnen (Post Today, 14. November 2006). Das mag funktionieren oder auch nicht, wird aber die Terroristen und ihre Unterstützer in den Dörfern wohl kaum beeindrucken.

Strategien der Verhandlung und Versöhnung (samachan) machen wenig Sinn, wenn man nicht einmal weiß, an wen man sich wenden könnte, und wenn die andere Seite offenkundig keinen Bedarf dafür sieht und entgegengesetzte Ziele verfolgt.

Der Terror geht weiter

Die Regierungsmaßnahmen scheinen eher zur Erhöhung der Terrorakte beigetragen zu haben, ganz so als ob gezeigt werden sollte, dass die Regierung in Bangkok mit ihrem Ansatz auf dem falschen Dampfer sei. Besonders sichtbar wurde die Situation, als die militanten Islamisten am 29. Dezember 2006 auf einer ländlichen Straße in Yala einen buddhistischen Schuldirektor und einen Lehrer in ihrem Pritschen-

wagen erschossen, ihre Leichen auf die Straßen zerrten, mit Benzin übergossen und anzündeten. Fotos der verkohlten und grotesk verzerrten Leichen, samt weinender Ehefrauen, wurden von Boulevardblättern auf ihren Titelseiten abgedruckt (siehe zum Beispiel Thai Rat v. 30. und 31. Dezember 2006). Am 8. Januar 2007 starb dann die buddhistische Lehrerin Juling Pongkunmul. Sie war acht Monate zuvor mit einer weiteren Lehrerin von muslimischen Dorfbewohnerinnen in Narathiwat zunächst in ihrer Schule als Geisel genommen und dann von den Frauen so brutal zusammengeschlagen worden, dass sie in ein Koma fiel, aus dem sie nie wieder erwachte (ihre Kollegin wurde ebenfalls böse verprügelt, überlebte den Angriff aber). Julings Begräbnis wurde als eine nationale Trauerfeier begangen, an der der Kronprinz, die Kronprinzessin und der Premierminister teilnahmen.

Inzwischen wurden von den Terroristen mehr als 70 Lehrer ermordet, einer gar in seinem Klassenzimmer vor all seinen Schülern und Schülerinnen. Für islamistische Separatisten sind Repräsentanten des buddhistischen Zentralstaates natürlich bevorzugte Angriffsziele. Während aber Polizisten und Soldaten die repressive Seite des Staates anzeigen, stehen buddhistische Lehrer – die ja mehrheitlich muslimische Kinder unterrichten – für kulturelle Dominanz und Entfremdung. Wie das Beispiel von Lehrerin Juling zeigt, werden diese Lehrer von den muslimischen Dorfbewohnern nicht als Menschen respektiert, die ihren Kindern Zukunftschancen eröffnen. Vielmehr werden sie oft als unerwünschte Eindringlinge einer fremden Ethnie, Religion und Kultur empfunden und mit blankem Hass behandelt. Damit haben die muslimischen Dorfbewohner diesen Lehrern gegenüber keine aus täglichen positiven sozialen Kontakten folgende moralische Verpflichtung. Buddhistische Lehrer haben kaum noch Begegnungen mit den muslimischen Eltern in den Herkunftsdörfern ihrer Schüler – sicherlich nicht in den »roten Zonen«, in denen die militanten Islamisten weitgehend die Macht übernommen und

den thailändischen Staat in kleine Enklaven zurückgedrängt haben. Die Lehrer werden vielmehr morgens unter Militärschutz in ihre Schulen gefahren und abends ebenso zurück in ihre als sicher betrachteten städtischen Unterkünfte gebracht.

Prasit Meksuwan, ein Berater der Lehrervereinigung in den südlichen Provinzen warnte, dass fortgesetzte Angriffe auf Lehrer mehr und mehr von ihnen zum Fortzug aus diesen Gegenden bewegen würden. Dies, so Prasit, »wird dem Ziel der Militanten dienen, Buddhisten aus der Region loszuwerden« (Bangkok Post, 27. November 2007). Separatismus und »ethnische Säuberungen« gehen Hand in Hand. Der frühere General Harn Leenanond betonte, dass sich die Strategie der muslimischen Terroristen in dem Satz ausdrücke: »Wir müssen von diesem Land Besitz ergreifen, damit es den Muslimen gehört und von ihnen regiert wird« (Matichon, 19. Dezember 2006). Nachdem sie einen Gummiplantagenarbeiter und seine Frau ermordet hatten – er wurde dazu auch noch enthauptet – platzierten die Täter, die sich »Pattani Krieger« nannten, eine handschriftliche Notiz bei den Leichen. Darin drohten sie, weiterhin Buddhisten zu töten, wenn diese die Provinz nicht verlassen würden. Pattani gehöre zum islamischen Staat Pattani (Bangkok Post, 15. Februar 2006). Ein früher gefundenes Dokument beschrieb die »Seven steps to an Islamic Republic of Pattani« (Post Today, 10. Januar 2004).

Weitere Aussichten?

Momentan ist nicht ersichtlich, ob und wann der islamistisch-separatistische Terror im Süden Thailands zu einem Ende kommen könnte, und welche Maßnahmen dazu ergriffen werden könnten. Die Regierung möchte sich zumindest die muslimische Bevölke-



Quelle: Archiv

rungsmehrheit durch einen sanften und gerechtigkeitsorientierten Ansatz gewogen machen. Dies wird die Täter und ihre Unterstützer in den Dörfern aber wohl kaum erreichen. Gleichzeitig müssen sicherheitsorientierte Maßnahmen in diesem Rahmen sehr vorsichtig und sensibel vorgehen, um das Hauptziel der Versöhnung nicht zu gefährden.

Sicherheitsmaßnahmen und Strafverfolgung waren auch bisher schon wenig erfolgreich. Polizisten und Soldaten haben schon Mühe, sich selbst vor Schussattacken und vor allem Bombenanschlägen zu schützen. Seit dem Angriff auf das Militärcamp in Narathiwat im Januar 2004 sind in Pattani, Narathiwat und Yala ganze 14 Strafverfahren gegen verdächtige Terroristen in erster Instanz abgeschlossen worden, davon fünf mit Todesurteilen und drei mit lebenslangen Freiheitsstrafen (Matichon, 1. Februar 2007).

Es hat sich zu einer Art Standardtaktik muslimischer Frauen und Kinder entwickelt, nach Verhaftungen die Polizeistationen zu belagern oder Lehrer als

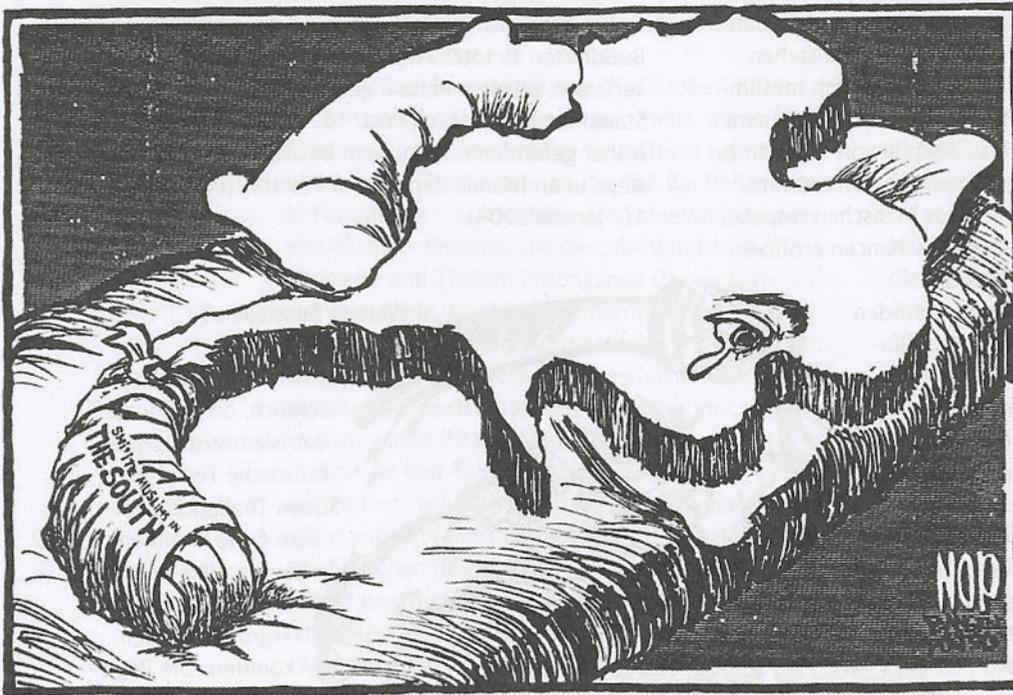
lime zu verteidigen. Sie beklagten, dass die Terroristen sie aus Gegenden zu vertreiben suchten, in denen schon ihre Vorfahren gelebt hatten.

Ein Sprecher erklärte: »Wir wollen aufstehen und kämpfen, so dass die Dorfbewohner nicht mehr Opfer der täglichen Angriffe werden. Wie viele Menschen werden noch von den Terroristen verletzt und getötet werden, während der thailändische Staat vollkommen unfähig ist, der Täter Herr zu werden?« (Issara, 22. Januar 2006). Der gleiche Artikel macht deutlich, dass es um eine Polarisierung zwischen »denen« (Muslime – phuak khao) und »uns« (Buddhisten – phuak rao) geht, dass heißt zwischen Personengruppen, die als Nachbarn in den gleichen ländlichen Gebieten leben. Die buddhistischen Dorfbewohner fühlen sich aus gutem Grund bedroht und leben in ständiger Unsicherheit und Angst, als nächste von militanten Islamisten erschossen zu werden, die von ihren muslimischen Nachbarn Unterstützung erfahren.

Unter diesen Umständen macht es wenig Sinn, mit einem islamischen Dozenten (in Issara, 27. Januar 2006) das Empfinden der Buddhisten als »Islam Phobie« zu begreifen und die wachsenden Ressentiments und den Verlust des nachbarschaftlichen Vertrauens als religiös fundiert zu beklagen. Natürlich trifft es zu, dass die Buddhisten im Süden »tief verängstigt« seien, wie der Dozent schreibt. Dies liegt doch aber nicht daran, dass, wie er meint, die Muslime von den Buddhisten als »fremd« wahrgenommen würden, sondern weil muslimische Männer seit mehr als vier Jahren täglich Buddhisten und Muslime erschießen oder in die Luft sprengen und dabei von vielen muslimischen Dorfbewohnern unterstützt werden. Das Predigen von »Freundlichkeit« und »Friedlichkeit« ist fruchtlos, wenn die andere Seite mit Sturmgewehren und Bomben hantiert. Dass diese Leute den vorgeschlagenen offenen religiösen Dialog zwischen Buddhisten und

Muslimen als Lösung der Probleme des Südens annehmen werden, ist mehr als unwahrscheinlich.

Geiseln zu nehmen, um die Freilassung ihrer Männer oder Söhne zu erzwingen (gelegentlich erfolgreich). In einem Fall wurde stundenlang eine wichtige Durchgangsstraße blockiert (siehe beispielsweise Krungthep Turakit, 7. November 2006). All dies wurde von buddhistischen Thais zum Anlass genommen, sich zusammenzuschließen. Sie waren der ständigen Angriffe auf ihre »buddhistischen Schwestern und Brüder« und des Verhaltens der muslimischen Frauen in Kinder überdrüssig, und haben sich – da auch der Staat in ihrem Schutz versagte – zusammengeschlossen, um sich selbst gegen die Mus-



Quelle: Archiv